



Detailansicht des Registereintrags

Centre for Planetary Health Policy

Aktuell seit 07.10.2026 15:35:01

Das CPHP wurde von der Dt. Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. gegründet und ist kein eigenständiges Rechtssubjekt, sondern rechtlich Teil von KLUG e.V. Weitere Angaben beziehen sich auf KLUG e.V.

Registernummer:	R006029
Ersteintrag:	06.06.2023
Letzte Änderung:	07.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Köberlesteig 16 13156 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491777599289 E-Mail-Adressen: info@cphp-berlin.de Webseiten: <u>www.cphp-berlin.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

200.001 bis 210.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,38

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Eva-Maria Schwienhorst-Stich**
Funktion: Stellvertretende Vorsitzende
2. **Dr. Martin Herrmann**
Funktion: Vorsitzender
3. **Dr. med. Max Bürck-Gemassmer**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Dorothea Baltruks**
2. **Teresa Hollerbach**
3. **Lena Tischler**
4. **Stefan Kohlwes**
5. **Nicole Stauf**
6. **Miriam Meschede**
7. **Marie Jung**
8. **Thurid Dikmen Bahr**
9. **Dr. Katharina Schilcher**
10. **Marai El Fassi**

Gesamtzahl der Mitglieder:

936 Mitglieder am 23.03.2026, davon:

867 natürliche Personen

69 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Klima-Allianz Deutschland
2. The Global Climate Health Alliance
3. Planetary Health Alliance
4. EuroHealthNet
5. The Wellbeing Economy Alliance

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Centre for Planetary Health Policy (CPHP) in Berlin widmet sich der Erforschung und Förderung der planetaren Gesundheit, welche die enge Verbindung zwischen menschlicher Gesundheit und der Gesundheit des Planeten betont. CPHP zielt darauf ab, wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für politische Maßnahmen zu entwickeln, die den aktuellen sozial-ökologischen Herausforderungen gerecht werden.

Arbeitsschwerpunkte:

- Interdisziplinäre Forschung: CPHP analysiert die Wechselwirkungen zwischen ökologischen Krisen, wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust, und deren direkten und indirekten Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit.
- Politikberatung: Die Organisation entwickelt konkrete Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft, um nachhaltige und gesundheitsfördernde Maßnahmen zu unterstützen.
- Bildung und Öffentlichkeitsarbeit: CPHP betreibt Aufklärungsarbeit, um das Bewusstsein für die Bedeutung der planetaren Gesundheit zu schärfen und fördert den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.
- Kooperation und Netzwerke: CPHP arbeitet eng mit nationalen und internationalen Partnern zusammen, um globale Lösungen für die Herausforderungen der planetaren Gesundheit zu entwickeln.

Forderungen:

- Integration in die Politik: CPHP fordert, dass Prinzipien der planetaren Gesundheit systematisch in alle relevanten Politikbereiche integriert werden, um eine umfassende und nachhaltige Gesundheitsstrategie zu gewährleisten.
- Nachhaltige Gesundheitsversorgung: Die Organisation setzt sich für ein Gesundheitssystem ein, das ressourcenschonend ist und die Umweltbelastung minimiert.
- Klimaschutzmaßnahmen: CPHP betont die Notwendigkeit dringender und effektiver Klimaschutzmaßnahmen, um die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren.
- Soziale Gerechtigkeit: Die Organisation fordert, dass soziale Ungleichheiten, die durch Umwelt- und Gesundheitskrisen verstärkt werden, aktiv bekämpft werden.

Das CPHP strebt eine Zukunft an, in der gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt leben können. Es setzt sich dafür ein, dass politische Maßnahmen sowohl den Schutz der Umwelt als

auch die Förderung der menschlichen Gesundheit gleichermaßen berücksichtigen und fördern. Die Vision ist eine gerechte und nachhaltige Welt, in der Mensch und Natur in Harmonie leben.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. 39. BImSchV

Beschreibung:

Unterstützung der Trilog-Vereinbarung zur EU-Luftqualitätsrichtlinie (AAQD) für den Gesundheitsschutz

Zustimmung zur Trilog-Vereinbarung zur Revision der EU-Luftqualitätsrichtlinie (AAQD) Implementierung strengerer Grenzwerte für Luftschadstoffe, zügige Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie in Deutschland, Deutschland soll keine Fristverlängerung beantragen

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 39 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

2. Nationales Emissionsreduktionsgesetz

Beschreibung:

Reduktion von klima- und gesundheitsschädlichen Emissionen

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 43 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

3. Integration von Präventions- und Nachhaltigkeitszielen

Beschreibung:

Gesundheitsförderung und Prävention, wie sie im SGB V beschrieben sind, sollten stärker mit Zielen der ökologischen Nachhaltigkeit abgeglichen werden, etwa in Bezug auf Ernährungsberatung, die sowohl auf gesundheitliche Vorteile als auch auf die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks abzielen sollte. Auch die Schaffung gesunder Lebensumgebungen als Ziel des SGB XI (Pflegeversicherung) kann in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen große positive Nebeneffekte erzielen. Präventive und rehabilitative Maßnahmen und Programme auf Grundlage des Sozialgesetzbuchs sollten wo immer möglich Co-Benefits zwischen Gesundheitsförderung und Umweltschutz erzielen, indem sie mit klar definierten Anforderungen hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit verknüpft werden

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

4. Ausgestaltung Bundesinstitut für Prävention

Beschreibung:

Das Institut soll die Gesundheitskommunikation verbessern, Prävention stärken (insbesondere Primärprävention) und den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stärken und vernetzen. Der Referentenentwurf deckt bisher nicht die Anforderungen einer klaren Struktur und Strategie ab. Ohne eine Verfassungsänderung könnte das Institut jedoch wenig Einfluss auf die föderale Gesundheitslandschaft haben. Lösungsansätze sollten unter Einbeziehung relevanter multidisziplinärer Evidenz und Expertise und insbesondere der Einflüsse der besonderen gesundheitlichen Bedrohungen durch die Klima- und ökologischen Krisen entwickelt und mit Umsicht gegeneinander abgewogen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit

Datum des Referentenentwurfs: 13.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

5. Formelle Konsultation zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Beschreibung:

Ziel: Stärkung von verhältnispräventiven Maßnahmen in der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) sowie Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen zur Anpassung von Gesundheits-, Pflege- und Sozialeinrichtungen an Klimawandelfolgen.

Betroffenes geltendes Recht:

KAnG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

6. Im Arbeitsschutz muss Klimaanpassung vollumfänglich integriert werden

Beschreibung:

Arbeitszeitgesetz: Anpassung in Hinblick auf sich verändernde klimatische Bedingungen, insbesondere Hitze, Arbeitsschutzgesetz: Änderungen in Bezug auf klimabedingte Risiken, die sich durch den Klimawandel ändern z.B. Klimaverordnung einführen, Bundesimmissionschutzgesetz in Bezug auf Lärm durch Verlagerung der Arbeitszeiten bei Hitze (Ausweitung der Nicht-Ruhezeiten); ggf. SGB VII hinsichtlich gesetzlicher Unfallversicherung – Klimaschutz und Klimaanpassung sollten integriert werden

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

7. Anpassung der EU-Luftqualitätsrichtlinie**Beschreibung:**

Wir fordern eine Implementierung strengerer Grenzwerte für Luftschadstoffe aus der EU Luftqualitätsrichtlinie, eine zügige Umsetzung in deutsches Recht, die Bundesregierung soll zudem keine Fristverlängerung für Deutschland beantragen (Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten in Artikel 18 um 10 Jahre). Die Bundesregierung soll ein konkretes Datum vorschlagen, bis zu dem die Grenzwerte der Luftqualitätsrichtlinie den WHO-Leitlinien angepasst werden müssen. Luftqualitätspläne (Artikel 19, Anhang VIII) müssen als Instrument verpflichtend bleiben. Monitoring und Information der Bevölkerung müssen ausreichend sein.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 39 [alle RV hierzu]; BImSchV 43 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601070008** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

8. Internationale Klimapolitik**Beschreibung:**

Entsprechend der Declaration on Climate and Health verpflichtet sich die Bundesregierung, Gesundheitsaspekte stärker in der internationalen Klimapolitik zu berücksichtigen. Die Einhaltung

umfasst, Gesundheitsaspekten im Rahmen der einschlägigen Prozesse des Pariser Abkommens und der UNFCCC zu berücksichtigen aber auch Klimaaspekte in globalen Gesundheitsprogrammen zu verankern, wo dies relevant und angemessen ist. Gesundheit soll ebenso bei der Gestaltung der NDCs (National festgelegte Beiträge) unter der UNFCCC, bei langfristigen Entwicklungsstrategien für niedrige Treibhausgasemissionen, bei nationalen Anpassungsplänen zu berücksichtigen. Zudem soll die Bundesregierung mit anderen Gesundheitsministerien regelmäßig in Austausch zu all diesen Punkten treten

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. Fortführung des Unterausschusses Globale Gesundheit

Beschreibung:

Der Unterausschuss Globale Gesundheit wurde erstmals in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages im Rahmen des Gesundheitsausschusses eingerichtet. In der 20. Wahlperiode wurde er fortgeführt und deutlich gestärkt – als gemeinsamer Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Globale Gesundheit steht in enger Verbindung mit einer Vielzahl von Themenfeldern und Interdependenzen und ist daher für die meisten Ausschüsse des Deutschen Bundestages sowie für zahlreiche Bundesministerien von wesentlicher Relevanz. Der UA hat bislang einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung zentraler Ziele geleistet und wichtige Entwicklungen vorangebracht, deren konsequente und kontinuierliche Weiterverfolgung erforderlich ist.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

10. Aufsetzen eines Klimaschutz-Sofortprogramms um nationale und internationale Klimaziele zu erreichen

Beschreibung:

Ein umfassendes Klimaschutzsofortprogramm zur Einhaltung der gesetzlich verankerten Klimaschutzziele muss vorgelegt werden, um die menschliche Gesundheit in Deutschland vor Klimafolgen zu schützen. Vorausschauender und nachhaltiger gesundheitlicher Hitzeschutz beginnt mit der langfristigen Eindämmung der Klimakrise. Deutschland ist verfassungsrechtlich und durch internationale Abkommen verpflichtet, das Klima und damit die Menschen zu schützen. Deutschland befindet sich jedoch noch nicht auf Kurs. Für einen

gesundheitsförderlichen und sozial gerechten Klimaschutz sind entschlossene Maßnahmen notwendig. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommt und ein gesundheitsförderliches, langfristiges und sozial gerechtes Klimaschutzprogramm vorlegt.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. Sektorenübergreifende Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz

Beschreibung:

Gesundheitlicher Hitzeschutz betrifft nicht nur den Gesundheits- und Pflegesektor, sondern viele Bereiche des täglichen Lebens – von der Kita über die Schule und den Arbeitsplatz bis hin zum Sportverein. Deshalb ist es notwendig, den Hitzeschutzplan für Gesundheit des Bundesministeriums für Gesundheit https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/H/Hitzeschutzplan/BMG_Hitzeschutzplan.pdf zu einer ebenen- und sektorenübergreifenden Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz weiterzuentwickeln. Auch der gesetzliche Regelungsrahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz muss sektorenübergreifend bewertet und kohärent angepasst werden.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

12. Gesundheitsfördernde Gebäude und Städteplanung

Beschreibung:

Gebäude sollten energieeffizient und emissionsarm sein und durch gute Belüftung, natürliches Licht, thermischen Komfort und klimagerechte Merkmale, die Hitzestress und Umweltverschmutzung reduzieren, die Gesundheit unterstützen.

Die Aktivierung und Wiederverwendung leerstehender Gebäude reduziert die Zersiedelung und Emissionen und schafft gleichzeitig Wohnraum, Dienstleistungen und Gemeinschaftsräume, die das soziale Wohlergehen und gesündere Nachbarschaften fördern.

Die Erhaltung offener und grüner Korridore ermöglicht die Luftzirkulation, verbessert die Luftqualität, reduziert die städtische Hitze und senkt die Gesundheitsrisiken während Hitzewellen.

Zirkuläre und resiliente Planung reduziert den Ressourcenverbrauch und Abfall.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [\[alle RV hierzu\]](#)

13. Kommunalen Hitzeschutz durch Bundesmittel stärken**Beschreibung:**

Die Entwicklung, Umsetzung und Anpassung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit muss als verbindlicher Teil der Klimaanpassungskonzepte als kommunale Aufgabe gesetzlich verankert werden. Damit kommunale Hitzeaktionspläne wirkungsvoll umgesetzt werden können, bedarf es der finanziellen und personellen Unterstützung der Kommunen durch die Länder und den Bund sowie umsetzungsorientierter Vernetzungs- und Beratungsangebote. Der öffentliche Gesundheitsdienst kann hierbei als Knotenpunkt und steuernde Einheit wirken

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2063 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2669 Nr. 1 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2026 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

14. Nationale Pharmastrategie**Beschreibung:**

Das strategische Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums soll ergänzt werden um klare Klima- und Nachhaltigkeitsziele speziell für die Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

15. Novellierung der Approbationsordnung für Ärzt:innen, Apotheker:innen etc.**Beschreibung:**

In den zu novellierenden Approbationsordnungen für Ärzt:innen, Apotheker:innen, Psychotherapeut:innen und Zahnärzt:innen sollen Nachhaltigkeitsthemen und Planetary Health als Querschnittsthemen in allen relevanten Fachbereichen integriert und damit langfristig in der Ausbildung von Mediziner:innen und Therapeut:innen verankert werden

Betroffenes geltendes Recht:

ÄApprO 2002 [\[alle RV hierzu\]](#); AAppO [\[alle RV hierzu\]](#); PsychThApprO [\[alle RV hierzu\]](#); ZApprO [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

16. Umsetzung EU-Kommunalabwasserrichtlinie

Beschreibung:

Bei der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht soll einer erweiterten Herstellerverantwortung Rechnung getragen werden. Die Ausgestaltung der Herstellerbeiträge soll gestaffelt nach Gefährlichkeit/Substituierbarkeit erfolgen; zudem soll eine Mitfinanzierung für essenzielle/generische Arzneimittel umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AbwAG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

17. Hitzeschutz finanziell absichern und gerecht gestalten

Beschreibung:

Hitzeschutz muss finanziell abgesichert sein, damit Kommunen und Einrichtungen wirksame Maßnahmen umsetzen können. Deshalb sollte das Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" des Umweltministeriums unbedingt fortgesetzt werden. Außerdem sollten Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Rehakliniken, Medizinische Versorgungszentren und andere Gesundheitseinrichtungen mit den finanziellen Mitteln für investive Hitzeschutzmaßnahmen ausgestattet werden. Dem Mehraufwand von Gesundheits- und sozialen Einrichtungen bei der Umsetzung von Hitzeschutz sollte in Zukunft Rechnung getragen werden. Ökologische Nachhaltigkeit ist daher als übergreifendes Ziel im Sozialrecht zu verankern. Des weiteren sollte allen Kommunen ausreichende Finanzierung für Hitzeschutz bereitgestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Umweltbundesamt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dessau

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung im Rahmen der Verbändeförderung,

Förderung im Rahmen der Verbändeförderung, Förderkennzeichen 372522V437

2. **Bundesgesundheitsministerium**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung des Verbundprojektes HOT-BW

Hitzeaktionsplan Öffentlicher Gesundheitsdienst

Baden-Württemberg zur Stärkung des

Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Aktenzeichen

ZMI5-2523SGW00U

3. **Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Projektförderung für das Verbundprojekt BBNE-

PfleGe (Akronym): Praxisanleitende in Pflege-

und Gesundheitsberufen als Schlüsselpersonen

für BBNE. FKZ 66NIB11501, Programm

Nachhaltig im Beruf - Umsetzungsprojekte

4. **Innovationsausschuss beim gemeinsamen Bundesausschuss**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Durchführung des Projekts "HIRGEV -

Hitzeresiliente Gesundheitsversorgung: Integrierte

Daten für die Versorgungspraxis und -planung für

aktuelle und zukünftige Generationen": HIRGEV

soll die gesundheitlichen Auswirkungen von

Hitzewellen auf die Bevölkerungsgesundheit und

das Versorgungssystem sowohl retrospektiv als

auch prospektiv bis 2100 in hoher räumlicher

Auflösung modellieren, daraus aktuelle und

künftige Bedarfe für Regionen und

Bevölkerungsgruppen ableiten und die Ergebnisse

im Kontext multipler Krisen und im Sinne der

strategischen und strukturellen Vorbereitung

diskutieren. Die Konsortialführung liegt bei der

Universität Bayreuth, die die Mittel entsprechend

der Aufgabenumsetzung an KLUG weitergibt.

Weiterleitungsvertrag mit Fördermittelnnehmer

Universität Bayreuth unter KZ 01VSF23020

5. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

KLUG ist Konsortialpartner der gsub im Projekt

"Arbeit: Sicher und Gesund im Klimawandel"

(ASUG-Klima). Ziel ist es, auf der Basis einer

Analyse gemeinsam mit Akteuren der Arbeitswelt

Lösungsansätze und -wege für ein sicheres,

gesundes und menschengerechtes Arbeiten im

Klimawandel jetzt und in der Zukunft zu

erarbeiten. Dazu gehören relevante

Rahmenbedingungen vor allem im Arbeitsschutz

und im Betrieblichen Gesundheitsmanagement

(BGM), wie z.B. wirksame Gestaltungsstrategien

und -konzepte (auch im Sinne von gute

Praxisbeispiele), Gestaltung der Arbeitskultur

und -organisation sowie geeignete

Kommunikationsformate. Diese Lösungswege

sollen interdisziplinär und dialogisch erarbeitet

und in Pilotvorhaben mit ausgewählten Betrieben

erprobt und evaluiert werden. [https://www.arbeit-](https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel)

[sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel](https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel)

[/aktivitaeten/sichere-und-gesunde-arbeit-in-](https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel)

[zeiten-des-klimawandels](https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.400.001 bis 1.410.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Stiftung Mercator

Betrag: 420.001 bis 430.000 Euro

Projektförderungen für zwei Projekte (mehrjährig,

in 2025 abgeschlossen) und institutionelle

Förderung (nach Abschluss der beiden Projekte

2025 gestartet)

2. GLS Treuhand Dachstiftung für individuelles Schenken

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Zuwendung aus dem Stiftungsfonds "sozial-ökologische Transformation" zur Unterstützung

der laufenden Arbeit

3. Barmer Ersatzkasse

Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro

Zuwendungen für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen von Präventionsvereinbarungen, Themen: Entwicklung und Umsetzung von Weiterbildungsformaten und Qualitätsstandards zur Integration der Planetary Health Perspektive in Aktivitäten der Prävention und Gesundheitsförderung; Entwicklung, Erprobung und Evaluation von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention in teilstationärer Pflege im Kontext planetarer Gesundheit im Quartier; Gemeinschaft Erleben - Mental gestärkt, selbstwirksam und klimaresilient durch Selbsthilfe

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

180.001 bis 190.000 Euro